

Ende des Arbeitszwanges

Gefahr für die Demokratie - ein neues gesellschaftliches Leitbild jenseits der Erwerbstätigkeit schafft Abhilfe

Wenn die Berliner Parteien nicht grundsätzlich umsteuern, entstehe eine "Gefahr für die Demokratie" warnte Volker Koehnen vorige Woche auf dieser Seite. Viele FR-Leser stimmten ihm zu. Einige vermissten jedoch seine Alternative. Heute stellt Koehnen sie vor.

VON VOLKER KOEHNEN



Freie Gestaltung der Lebenszeit (dpa)

I. Was soll die Industriegesellschaft tun, deren einst tragendes Fundament - Erwerbsarbeit und Vollbeschäftigung - bröckelt? Was soll demokratische Politik tun, wenn die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates nicht mehr gegeben sind? Will man den Kollaps unseres Gemeinwesens verhindern, muss ein alternatives gesellschaftliches Leitbild demokratischer Politik jenseits der Vollbeschäftigung entworfen werden.

Ein solches Leitbild zur Orientierung demokratischer Politik erfüllt zwei Funktionen: als Werteorientierung vermittelt es ein Bild vom Menschen und vom gesellschaftlichen Zusammenleben, welches demokratische Politik leitet. Als Organisationsprinzip orientiert es politisches Handeln auf einen erwünschten gesellschaftlichen Zustand hin.

Das bisherige Leitbild setzt auf das Organisationsprinzip "Erwerbsarbeit für Wohlstand". Individuelle Verfügung über materielle Teilhabe ist über erwerbsförmig organisierte "Leistung" des Einzelnen möglich. Das dahinter stehende Menschenbild knüpft menschenwürdige Existenz an eine Bedingung: die materielle Voraussetzung für die Führung eines Lebens muss erst im doppelten Sinne "verdient" werden.

In der erwerbszentrierten Industriegesellschaft ist gesellschaftliche Anerkennung, persönliche Identität und die nötige materielle Absicherung untrennbar mit dem Besitz eines Erwerbsarbeitsplatzes verwoben. In dem historischen Moment, in dem die Voraussetzung für dieses Organisationsprinzip verschwindet und gleichzeitig aber die Produktivität pro Kopf der Bevölkerung in den Industrienationen so hoch ist wie nie zuvor, muss umgesteuert werden.

Welche neue Organisationsform und Werteorientierung können wir uns also geben, wo wir doch für die Produktion nur noch in sehr eingeschränktem Maße gebraucht werden? Hier kann an die zum Erwerbsmodell kontrastierende Alternative angeknüpft werden: das existenzsichernde und erwerbsunabhängige Grundeinkommen. Eine solche Konzeption bedeutete jedoch einen epochalen Paradigmenwechsel.

Die Idee des Grundeinkommens

II. Was ist die Idee des Grundeinkommens? Dazu gibt es eine große Anzahl von Konzeptionen. Sie unterscheiden sich hier und da und doch gibt es einen gemeinsamen Kern: Jeder Staatsbürger bekommt vom Staat einen monatlichen Betrag zur Verfügung gestellt, mit dem er seine Existenz langfristig sichern kann. Das "Neue" daran im Unterschied zum erwerbsförmigen Einkommen ist, dass dieser Betrag jedem zusteht - ob er arbeitet oder nicht. Das Grundeinkommen ist nicht gekoppelt an eine Gegenleistung, die zu erbringen wäre. Es wird gezahlt - einfach nur aufgrund der Tatsache, dass ein Mensch hier lebt und Teil der Gesellschaft ist.

Dieser Betrag sollte so hoch sein, dass er jedem ein existenzsicherndes Leben ermöglicht. Nun muss auch die Grundeinkommensidee finanzierbar sein, also auch den Kriterien eines "gesellschaftlichen Leitbildes" genügen. Ihr wertorientiertes Menschenbild sieht den Menschen so: Ob er zu essen und ein Dach über dem Kopf hat, bedarf keiner Gegenleistung, etwa durch Arbeit. Ein Mensch hat alleine durch seine bloße Existenz den Anspruch darauf, die nötigen Mittel zu seinem Lebensunterhalt zu erhalten. Er muss seine Würde nicht verdienen, sie ist voraussetzungslos. Nun sagt uns Ähnliches auch das Grundgesetz. Die herrschende Wirtschafts- und Sozialordnung durchlöchert jedoch durch den Zwang zur Erwerbsarbeit dieses hehre Ziel wie einen Schweizer Käse um den Preis der Verdunkelung der Würde des Menschen.

Das Organisationsprinzip einer Grundeinkommen-Gesellschaft lautet: Jeder Bürger mit einem monatlichen Grundeinkommen könnte jetzt, da sein Leben abgesichert ist, selbstbestimmt und frei von allen Zwängen entscheiden, was er mit seiner Lebenszeit anfängt: ob er auf der faulen Haut liegen, ob er ehrenamtliche Tätigkeiten im sozialen oder politischen Bereich ausüben oder ob er sich weiterbilden möchte. Oder aber er könnte sich dafür entscheiden, sein monatliches Einkommen durch einen bezahlten Job zu erhöhen, auch das wäre möglich, zum Beispiel in einem interessanten Beruf für, sagen wir, fünf oder zehn Stunden die Woche - aber eben freiwillig, weil ER es so möchte, und nicht aus Zwang, weil er darauf angewiesen ist.

Eine Gesellschaft, die derart auf Kreativität und Selbstentfaltung von Menschen setzte, würde aufblühen. Der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit im sozialen oder ökologischen Bereich ist riesengroß, genau so wie der Bedarf sie auszufüllen, sofern die Grundexistenzbedürfnisse des Lebens gesichert sind. Die Finanzierungsvorschläge sind unterschiedlich: Sie reichen vom radikalen Umbau des Steuersystems bis hin zur Einführung einer Konsumsteuer. Eines ist jedoch klar: Deutschland war noch nie so reich wie heute; es wird deshalb auf eine nachhaltige Umschichtung ankommen.

Selbstbestimmte Lebenszeit

III. Es lohnt sich, Ideen für eine Gesellschaft zu entwickeln, in der die Menschen ihre Lebenszeit nach ihren Bedürfnissen gestalten und nicht dem Diktat eines Erwerbserfordernisses folgen. Die Zeit ist reif, darüber zu diskutieren, wie ein Konzept des Grundeinkommens praktisch funktionieren könnte. Ein Patentrezept gibt es nicht. Aber im gegenwärtigen politischen Klima des Drucks brauchen wir einen grundlegenden Umbau unseres Sozialstaates, der die produktiven Möglichkeiten für alle ausschöpft. Es sollte ernst gemacht werden mit der "größtmöglichen Selbstverfügung des Menschen über sich selbst". Mit der Krise der Erwerbsarbeit bietet sich eine Chance für mehr selbstbestimmte Lebenszeit.

Die Zahl der gesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Einführung eines Grundeinkommens einsetzen, ist groß. Sie kommen aus Gewerkschaften, aus Unternehmerkreisen, politischen Parteien, Bürgerinitiativen und der Wissenschaft. Das Problem ist, dass sie im öffentlich-politischen Diskurs kaum

Der Standpunkt des Autors

Das Ende der Voll- beschäftigung und der darauf gestützten Sozialsysteme ist erreicht, konstatiert der Politikwissenschaftler Volker Koehnen. Doch statt eines Neuanfangs kurierten alle Parteien an Symptomen. Wenn auch die nächste Regierung damit gescheitert sein werde, drohe die Abwendung eines Großteils der Bürger von der Demokratie. Koehnen plädiert nun dafür, den bereits in der Debatte befindlichen Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens voranzutreiben und dafür einen Zukunftskongress einzuberufen.

Koehnen ist hessischer Verdi-Bereichsleiter Jugend und Jugendbildung. Er äußert in diesem Beitrag seine persönliche Position. Der Autor arbeitet auch als Erwachsenenbildner, systemischer Coach und Organisationsberater. aud

vorkommen - es fehlt ihnen die Stimme. Die "Community" muss sich viel stärker öffentliches Gehör verschaffen.

Ich schlage daher vor, ein bundesweites Treffen, etwa in Form eines Zukunftskongresses, zu organisieren, auf dem die Alternativen zum Bestehenden diskutierend ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Ein neues politisches Netzwerk, das der Frage nachgeht: "Wie wollen wir leben?", wäre dazu von Vorteil. Es sollte versuchen, das neue Leitbild der beschriebenen "Kreativgesellschaft" stärker im politischen Raum zu platzieren. Das Ziel wäre, die Kommunikation zwischen den verstreut agierenden Initiativen zu verbessern. Immanuel Kant bezeichnete einst die Idee als "Bedingung der Möglichkeit" - eine Idee von heute kann die Wirklichkeit von morgen sein. Versuchen wir es.

Standpunkte: **Rezepte des Kritikers gefragt**

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2005

Dokument erstellt am 30.06.2005 um 17:16:03 Uhr

Erscheinungsdatum 01.07.2005